

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1288

Organ für das werktätige Volk

Ranft: Schm. Staatsbank, Dresden
Bank der Arbeit, Amselfeld
und Neumarkt, A.-M. Dresden
Gebrüder Arnold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Preis pro Heft: 10 Pfennige, wöchentlicher Art, ist es durch einen Gutschrift hohes Gewalten, bei der Bezeichnung des Dresdner Volkszeitung keinen Nutzen auf Rückerhaltung des Gewaltverlusts aber auf Nachlieferung der Zeitung.

Schriftleitung: Bettinerstr. 10, Fernweichen Nr. 250, Dresden
Kunst: nur monatlich von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsführer: Bettinerstr. 10, Fernweichen Nr. 250 und 12.00
Geburtszeit: von 7 Uhr bis 5 Uhr monatlich.

Einheitspreis: Grammoplate, da 20 mm breite Monoplate
größte 35 Pf., die 30 mm breite Monoplate 200 Pf., im auskonditionier-
tenen 40 Pf. und 2.00 Pf., Sammlerstücke 100 Pf. und 1.00 Pf.
Geburtszeit: 10 Pf. Rabatt, bei Preisreduzierung 10 Pf., Geschäftsmann 10 Pf.

Nr. 88

Dresden, Donnerstag, den 16. April 1931

42. Jahrgang

Spanische Freiheitsgarantien

Erste Erklasse der republikanischen Regierung

Madrid, 16. April. (Eigener Ausk.) In einer sechs Artikel bestehenden Erklärung der spanischen Regierung wird zunächst allen Staatsbürgern die persönliche und kulturelle Freiheit zugesichert und festgestellt, dass die Gewissensfreiheit, Glaubensfreiheit und Kulturfreiheit respektiert werden sollen. Aus diesem Grunde verzichtet die provvisorische Regierung auf die dem Staat gegebene Möglichkeit, von den Bürgern eine Erklärung über ihre religiöse Überzeugung zu fordern.

Außerdem wird in der Erklärung die Grundlage der modernen Rechtsausübung als Grundsatz der Republik anerkannt. Sie sollen als Grundlage des neuen Sozialrechts angehen werden. Schließlich erkennt die provvisorische Regierung das Privatleben als soziale Basis garantiert an und stellt fest, dass die Regierung im nächsten Verfassungsgesetz den Parlamenten einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit geben wird. Sie sollen u. a. auch die Handlungen der gestürzten Regierung seit der Auflösung des letzten Parlaments im Jahre 1923 einer Nachprüfung unterzogen werden.

Auf Grund des Volkswillens

Die bevollmächtigte Regierung bekennst sich zur Gerechtigkeit. Der staatliche Staatsanwalt hat am Mittwoch das provvisorische Statut der neuen republikanischen Regierung verurteilt. Es lautet:

In dem Augenblick, in dem die provvisorische Regierung und der Volkswillens die Macht übernimmt, wird sie eine gebieterische politische Macht, indem sie vor Spanien bestätigt, dass die in der Regierung vertretenen Parteien nicht nur auf eine einfache Übereinstimmung der Richtlinien für die Verfehlung unseres Vaterlandes von der sozialen Struktur des monarchischen Staates zurückzuführen sind, sondern auch auf die Notwendigkeit, als Basis der Organisation des Staates die Regeln der Gerechtigkeit festzustellen, die das Land verlangt. Die provvisorische Regierung nimmt auf Grund ihres Charakters als oberster Organisations, der die souveränen Funktionen im Staat ausüben soll, die hohe und schwere Aufgabe an, als bevollmächtigte Regierung zu handeln. Sie hat es nicht nötig, die Rechte der Bürger anzuhören, deren Prinzipien und konkrete Regelung zu verfassungsbildenden Nationalversammlung vertragen müssen. Da jedoch die Regierung ihr Amt nicht in politischer Weise ausüben will, bestätigt sie freilich, dass ihre Tätigkeit juristischen Regeln unterstehen wird, die dazu dienen sollen, dass Spanien und die verschiedenen Organisationen die leitenden Prinzipien kennen lernen, die den später zu erlassenden Verordnungen zugrunde liegen werden sollen.

In dem Mittwoch, der fast in der Nacht zum Donnerstag war, sind mehrere wichtige Beschlüsse gefasst worden. Die Regierung wird heute von dem königlichen Schloss Besuch nehmen. Mit Hilfe eines Rotors soll ein Inventarstand aufgenommen und anschließend sämtliche Räume verriegelt werden. Die Regierung hat sich ferner mit der Auswanderung der Monarchie beschäftigt und in dieser Beziehung strenge Maßnahmen erlassen, die noch nicht veröffentlicht worden sind. Schließlich hat

die Regierung zwei Verordnungen erlassen. Die erste sieht eine Abänderung des von Primo de Rivera erlassenen Strafgesetzes vor, die zweite die Auflösung der von der Diktatur eingerichteten bewaffneten Zivilorganisationen (Zoisten). Die Regierung hat an alle diplomatischen Vertreter im Ausland ein Mandat ergangen, indem sie diese von der Ausschreibung der Meinung in Spanien fern und sie beauftragt, den fremden Regierungen davon Mitteilung zu machen.

Abschaffung mit dem alten Gewaltssystem

Madrid, 16. April. (Eigener Ausk.) Die Regierung hat in ihrem ersten Ministerrat u. a. beschlossen, in den nächsten Tagen die spanische Provinz abzuhängen zu machen. Anfangs soll der durch Primo de Rivera im Jahre 1923 unterdrückte Prozess zur Untersuchung der Niederlage des spanischen Heeres in Marokko und der politischen Verantwortlichkeit für diese Katastrophen wieder aufgenommen werden. Der zweite Prozess soll der Untersuchung der Verantwortlichkeit finanzieller und anderer Art während der ersten Diktatur. Der dritte soll am eine Revision des Standartierungsvertrags gegen die eroberten Provinzen der Umsturzbewegung vom letzten Dezember, Hernández und Guapíman Galán, hinzu. Man will den beiden Märtyrern wenigstens nach ihrem Tod gerecht werden. Ihren Söhnen wurde inszwischen von der provvisorischen Regierung auf Lebenszeit eine Entschädigung zugesprochen.

Am Mittwoch morgens wurde vom Portal des Kriegsministeriums die Königskrone heruntergeholt. Um die gleiche Zeit führten große Menschenmassen die an einen Galgen gehängte Euphe des Königs durch die Straßen.

Kundgebungen am Nationalfeiertag

Madrid, 17. April. (Eigener Ausk.) Der Nationalfeiertag in Spanien ist im allgemeinen ruhig verlaufen. In allen Städten fanden große Kundgebungen statt, bei denen Aufrufe auf die Republik und Frieden gegen die Monarchie ausgestrahlt wurden. In einigen Städten, so in Madrid, wurden Kongressmitglieder demonstriert. — In Malaga drang die Menge in die Schlafzimmere einer monarchistischen Abdelegation ein, gehörte alle Waffen und Einrichtungen und stellte das Gebäude in Brand. In Valencia und Lissabon machten die Gefangenen, ohne dass es jedoch zu Blutvergießen kam, zu Huelva schoss die Auswärts auf die Menge, die sich trotz mehreren Aufschriften nicht zerstreuen wollte. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere andere Personen wurden verletzt.

Alfonso macht noch Späße

Er will „nicht verzögert“ haben

Das vom geflüchteten Monarchen hinterlassene Manifest an die spanische Nation ist jetzt bekannt. Der Eröffnung steht in ihm die Größe seiner Ideale zusammen und erklärt, er könne nicht glauben, dass trotz des eingeschlagenen republikanischen Wahlsieges das spanische Volk weiterhin republikanisch geblieben sei. Er spricht deshalb die Hoffnung aus, dass das spanische Volk die alte Dynastie „hald zurückführen“ werde. Alfonso schwertet dann: „Ich verzichte auf keines meiner Rechte, weil sie über meine Ansprüche hinaus das von der Monarchie angekündigte Gut sind und weil ich eines Tages strengste Rechenschaft über die Verwaltung dieses Reiches abzulegen habe werde. Ich warte den wahren Ausdruck der öffentlichen Meinung des Volkes ab um seine freiwillig die Ausübung der königlichen Gewalt so lange aus, bis die Nation mich gewährt hat, das entferne mich aus Spanien. Hiermit erkenne ich an, dass Spanien allein Herr seines Reiches ist. Auch heute graue ich die mir durch die Liebe zu meinem Vaterland distillierte Pflicht zu erfüllen. Ich flehe Gott an, dass die übrigen Spanier jaa diese Pflicht ebenfalls so tief bewusst sein mögen wie ich.“

Kreuz und Hakenkreuz

Der katholisch-völkische Gegensatz - Die Nazis in der Riemme

Unter der Deckung des Kabinetts Brüning hat der politische und religiöse Katholizismus (Zentrum, Bayerische Volkspartei und katholische Kirche) in den letzten Monaten und Wochen seinen Anmarsch gegen den österr. Faschismus vollzogen. Alle deutschen Bischöfe haben nunmehr den Nationalsozialismus als eine katholische Irretheorie erklärt und jedem Katholiken verboten, Mitglied der NSDAP zu werden oder gar in Wort und Schrift für die Partei des deutschen, teutogermanischen Faschismus zu wirken.

Da die Nazis aber bedingt an die Regierung kommen möchten, macht die NSDAP gegenwärtig alle Anstrengungen, um mit dem Zentrum zu einem Kompromiss zu gelingen. Am deutlichsten spiegelt sich das alles in den katholischen Landesteilen. Unser Kölner Berichterstatter sendet uns dazu folgenden Situationsschild:

Man kann den militärischen und staatspolitischen Sinn der Regierung Brüning, die von dem früheren Geschäftsführer der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung und katholischen Kreisfachgruppe Dr. Brüning geführt wird und in der vier Schlesien die wichtigsten Ministerposten innehaben, nichtcoll erlassen, wenn man sie nicht als ein strategisches Mittel der katholischen Abwehr- und Angstbewegung gegen den deutlichen Faschismus würdigt, der durch Aufrichtung seiner Partei- und Staatsdictatur nicht nur die marxistischen Organisationen, sondern auch die katholischen vernichten will.

Ob dem sich steigernden Regierungswillen des Kabinetts Brüning kommt vom katholischen Standpunkt zum Ausdruck, dass der politische und religiöse Katholizismus jetzt entschlossen ist, um seinen Preis vor den politischen und ideologischen Machtdiktaturen der Hitler-Faschisten zurückzuweichen. Regierung Brüning, katholische Kirche, Zentrum und Bayerische Volkspartei bilden heute mehr denn je einen einheitlichen Block, an dem sich Hitler und Hugenberg die Zähne ausbeißen sollen, wenn sie es nicht vorziehen, klein beizugeben und auf ihre weiblichen Umsturzpläne zu verzichten. Je mehr die Hugenbergs und Hitler nicht allein in Berlin, sondern in Handlungen zu erkennen geben, desto den Zoll Nationalismus erhöhen, aber im Grunde den Ziel der Widerstand des politischen und religiösen Katholizismus, wie die siegreichen Erfolge der deutlichen Bischöfe an den Hitlerischen Nationalsozialismus mit absoluter Klarheit beweisen. Keine sozialistische Politik, die sich nicht in vollstem Umfang von dieser die deutsche Politik beherrschenden Totalitarie trennen kann,

Hitler und sein Stab hatten sich ihre Machtübernahme in Deutschland etwas einfach gedacht: sie wollten „die katholische Kirche, insbesondere den Papst für die völkische Bewegung gewinnen, indem sie immer wieder darauf verweisen, dass Zentrum und Bayerische Volkspartei durch ihr Bündnis mit der Sozialdemokratie die Interessen der katholischen Kirche dauernd mit führen trügen“. (Dinter im Reichstagskabinett, Sept./Okt. 1930.) Nach seinen bitteren Erfahrungen im November 1923 (der völkische Wahl scheiterte vor allem am Klerikalismus) war sich Hitler darüber klar, dass die katholische Kirche in Deutschland keine ungeheure „Stadt“ darstellte, die er nur zu überlisten suchte, indem er seine innere und seine politische Feindschaft gegen die „katholische Internationale“ verbarg und sich zum Scheine aus katholischen Gründen von Ludendorff und Dinter trennte, die



Die führenden Mitglieder der neuen spanischen Regierung

Präsident Gamora Arbeitsminister Caballero (Soz.)

Kuchenminister Lerroux Justizminister Fernando de los Rios (Soz.)

Das Bild rechts zeigt den ehemaligen Ministerpräsidenten Gamora im Kürzer, wo ihn die monarchische Diktatur bis vor einigen Wochen lebte. — Ganz rechts: Oberst Macia, der Präsident der neu errichteten Republik Katalonien.

